

E 2001 (B) 8/8

*Le Ministre de Suisse à Vienne, Ch. D. Bourcart,
au Chef du Département politique, G. Motta*

R

Vienne, 15 décembre 1921

Bezugnehmend auf meinen Brief vom 21. November¹ a. c. betreffend die Verlegung des Völkerbundsitzes nach Wien und meine diesbezügliche Conversation mit dem Herrn Bundeskanzler Schober, beehre ich mich, Ihnen in der Beilage² die Kopie einer Notiz zuzustellen, die mir vom Bundesminister für Äusseres soeben zugesandt wird und die diesen Gegenstand ausführlich behandelt.

Wie Sie meinem obenerwähnten Schreiben vom 21. vg. Mts. entnehmen wollen³, beruht der Passus der Notiz, die schweizerische Bundesregierung habe sich veranlasst gefunden, im Wege ihres Gesandten in Wien Aufklärung zu verlangen, auf einem völligen Irrtum, indem ich Herrn Schober ausdrücklich und in nicht misszuverstehender Weise mitteilte, dass meine Anfrage keinem Regierungsauftrag entspringe und rein informativen Charakter besitze.

ANNEXE

*Le Ministre autrichien des Affaires étrangères
au Ministre de Suisse à Vienne, Ch. D. Bourcart*

*Copie
N⁴*

Vienne, A. d.

Die mit der obbezogenen Zuschrift in Kopie übersendete Verbalnote des österreichischen Vertreters bei der dritten internationalen Arbeitskonferenz an den Generalsekretär des Völkerbundes, deren genauer Inhalt dem Bundesministerium für Äusseres erst durch diese Übersendung zur Kenntnis gelangt ist, hat bekanntlich in einem Teile der schweizerischen Presse lebhaftere Erörterung

1. Cf. n^o 135.

2. Reproduite en annexe.

3. Note de C. Gorgé en marge de ce passage: Dans notre lettre du 30 novembre, nous avons considéré l'incident comme clos. C. G.

4. *Ils'agit d'un extrait de la note remise à Bourcart. En tête du rapport, Motta a annoté:* Die Notiz ist ungenau und unbefriedigend. Es ist doch nicht zu viel verlangt, wenn die österreichische Regierung sich vergegenwärtigen würde, dass das Verbleiben des Sitzes in der Schweiz eine politische Notwendigkeit ist. 28. XII. 21. M.

gefunden und sogar die schweizerische Bundesregierung veranlasst, im Wege ihres Gesandten in Wien Aufklärung zu verlangen.⁵

Diese unerwünschten Nebenwirkungen hätten leicht vermieden werden können, wenn die an den bezeichneten österreichischen Vertreter im Gegenstande gestellten, jedenfalls vertraulichen Anfragen in gleicher Weise beantwortet worden wären, und wenn insbesondere von der Übermittlung einer Note an den Generalsekretär des Völkerbundes abgesehen oder in dieser Note doch der zugrunde liegenden Anfragen ausdrücklich Erwähnung getan worden wäre, so dass man hiedurch von vornherein den Eindruck vermieden hätte, als ob es sich um eine spontane Aktion der österreichischen Bundesregierung handeln würde.

Um das Bundesministerium für soziale Verwaltung über den Standpunkt zu unterrichten, den das Bundesministerium für Äusseres in der Frage der eventuellen Verlegung des Völkerbundsitzes nach Wien einnimmt, wird folgendes bemerkt:

Die Frage der Verlegung dieses Sitzes aus Genf wurde schon im Frühjahr L. J. von der ersten Völkerbundskommission geprüft.⁶ In dem Berichte dieser Kommission wurde auch die etwaige Verlegung des Bundes nach Wien besprochen. Da eine solche Verlegung selbstverständlich in hohem Masse in österreichischem Interesse gelegen wäre⁷, hatte sich das Bundesministerium für Äusseres damals die Frage vorzulegen, ob sich nicht etwa eine offizielle Aktion der österreichischen Regierung zur Herbeiführung dieses Erfolges empfehle. Diese Frage musste aber im verneinenden Sinne beantwortet werden.

Es war nämlich von vornherein klar, dass die Verlegung des Völkerbundsitzes nach Wien vom Völkerbunde nicht etwa aus Vorliebe für Österreich in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde, sondern ausschliesslich aus ökonomischen Gründen, nämlich wegen der hohen Kosten der Lebensführung in Genf einerseits und dem niedrigen Stande der österreichischen Valuta andererseits. Es war weiters klar, dass das Gewicht dieser Gründe durch keinerlei Deklarationen der österreichischen Regierung verstärkt werden konnte. Andererseits musste jede Propaganda für die Übersiedlung des Bundes nach Wien die zahlreichen Gegner eines solchen Schrittes zu einer Gegenaktion anregen.

Bei dieser Sachlage ist die Frage der Sitzverlegung des Völkerbundes nach Ansicht des Bundesministeriums für Äusseres derzeit nicht akut und jede Aktion der österreichischen Bundesregierung, um den Völkerbund nach Wien zu bringen — die blosser Beantwortung einer Anfrage ist natürlich nicht als eine solche Aktion anzusehen — dem angestrebten Zwecke eher schädlich als nützlich.

5. *Note de Motta en marge de ce passage*: ganz unrichtig.

6. *Note de Motta en marge de ce passage*: Unrichtig.

7. *Note de Gorgé en marge de ce passage*: scheint doch richtig zu sein.